
Kommentar: Elon Musk – Großsprecher und Profiteur

Von Hans-Robert Richarz, cen

Die Mitteilung des brandenburgischen Wirtschaftsministeriums an die Nachrichtenagentur Reuters begann unaufgeregt: „Tesla hat in Grünheide mit der Produktion von Batteriesystemen begonnen und bereitet sich auf die Herstellung von Batteriezellenkomponenten vor.“ So weit, so gut. Doch dann folgte der Hammer. Weiter hieß es nämlich: „Das Unternehmen hat weitere Produktionsschritte in den USA priorisiert, weil die steuerlichen Rahmenbedingungen dort günstiger sind.“

Davon war bei Beginn der Bauarbeiten an der Teslafabrik in Brandenburg nie die Rede gewesen. Damals hatte CEO Elon Musk noch vollmundig verkündet, neben den Fertigungsanlagen für Fahrzeuge die „größte Batterieproduktion der Welt am Standort Grünheide“ mit einer Spitzenkapazität von über 50 Gigawattstunden pro Jahr zu errichten. Noch im März 2022 bei der Einweihung des Werks hatte er versprochen, das Batteriewerk werde bis Ende 2023 in die Serienproduktion gehen.

Doch was kümmert einen Musk sein Geschwätz von gestern? Nichts.

Inzwischen weht nämlich dank US-Präsident Joe Biden in punkto Elektromobilität in den USA ein anderer Wind als zu Trump-Zeiten. So sieht der „Inflation Reduction Act“ zur Bekämpfung der Inflation ein umfangreiches Klimaschutzpaket in Höhe von 369 Milliarden Dollar (rund 347 Milliarden Euro) vor. Dabei handele es sich um die größte jemals getätigte Investition der USA zugunsten des Klimaschutzes; die Subventionen sollen unter anderem in die Produktion von Elektroautos, Batterien und die Entwicklung erneuerbarer Energien fließen.

Für Elon Musk ein höchst willkommener Geldregen. Allein der bestehende Gigafactory-Komplex in Reno/Nevada soll mit einer Finanzspritze von mehr als 3,6 Milliarden US-Dollar (3,4 Milliarden Euro) ausgebaut werden, unter anderem, um dort in einer weiteren Fabrik Batteriezellen herzustellen. Da ist jede einzelne Steuermilliarde mehr als nur ein Sahnehäubchen.

Überhaupt ist der inzwischen nur noch zweitreichste Mensch der Erde immer dort zu finden, wo ihm der Wind besonders kräftig in den Rücken bläst. Da machte ihm zu Beispiel die Brandenburger Regierungskoalition aus SPD, CDU und Grünen den Bau des Tesla-Werks in Grünheide erst dadurch so richtig schmackhaft, dass sie die Genehmigung mitten in einem Trinkwasserschutzgebiet erteilte, in dem ohnehin ständiger Wassermangel herrscht. Nach eigenen Angaben benötigt Tesla jährlich 1,4 Millionen Kubikmeter Trinkwasser, was ungefähr dem Verbrauch einer 30.000 Einwohner großen Stadt entspricht.

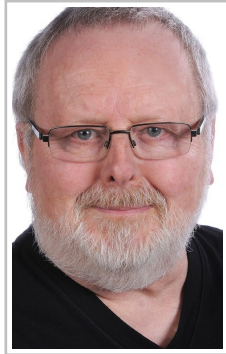
Noch im Dezember vergangenen Jahres gab die Gemeindevertretung in Grünheide grünes Licht für die Vergrößerung des bisherigen Tesla-Geländes von rund 300 Hektar um weitere 100 Hektar - dort, wo sich vorher noch ein gesunder Wald befand.

Eigentlich hätte Tesla zusätzlich noch über eine Milliarde Euro an Fördergeldern für die Gigafactory in Grünheide bekommen sollen. Im November verkündete Elon Musk dann, dass er auf die Förderung verzichte. Offensichtlich besaß er zu diesem Zeitpunkt eine Art siebten Sinn. Denn jetzt zeigte sich: Tesla hat eine Reihe von Auflagen für die Förderung nicht erfüllt und hätte das Geld ohnehin nicht bekommen.

In den USA aber profitiert Musk nun von der protektionistischen Politik des amerikanischen Präsidenten Joe Biden. Dem ist nämlich das amerikanische Hemd näher als der deutsche Rock. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und sein französischer Amtskollege Bruno Le Maire, die, um das zu verhindern, im Februar nach Washington

geflogen waren, hätten auf diese Reise genau so gut verzichten und so ein paar Tonnen CO2 einsparen können. (Hans-Robert Richarz/cen)

Bilder zum Artikel



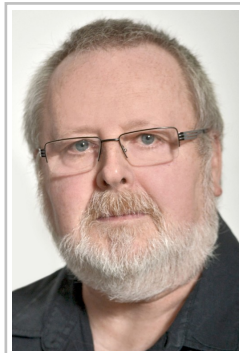
Hans-Robert Richarz.

Foto: Autoren-Union Mobilität



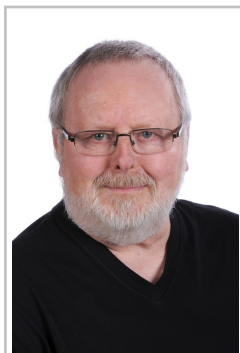
Produktion in der Tesla-Fabrik Berlin-Brandenburg in Grünheide.

Foto: Autoren-Union Mobilität/Tesla



Hans-Robert Richarz.

Foto: Auto-Medienportal.Net



Hans-Robert Richarz.

Foto: Auto-Medienportal.Net
